

Diese Zeitung erscheint  
jede Woche Sonnabends.  
Preis pro Quartal durch  
die Post bezogen 1,-  
Erläuterungen in die Post,  
Zeitungssatz St. 6482.

Anzeigenpreis:  
Arbeitsvermittlungs- und  
Gehaltsfelder: Anzeigen die  
8 geschulte Kolonel-Helle  
60,-  
Geschäftsanzeigen werden  
nicht aufgenommen.

# Der Proletarier

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von W. Brey.  
Druck von C. A. O. Weißer & Co., beide in Hannover.

Berantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover.  
Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:  
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. G. — Fernsprech-Anschluß 8002.

### Eine Weihnachtsgabe für die Kriegerfamilien.

Vorstand und Ausschuss des Verbandes haben beschlossen, den Familien der zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder für den Monat Dezember dieses Jahres eine einmalige Unterstützung auszuzahlen. Diese soll 6 Mark für jede Familie — ohne Rücksicht auf die Zahl der Kinder — betragen.

Den Zahlstellen, die über die erforderlichen Geldmittel verfügen, ist es gestattet, einen lokalen Zuschuß zu gewähren, der den Betrag von 4 Mark nicht übersteigen soll. Insgesamt können demnach bis zu 10 Mark an jede Familie ausgezahlt werden. Die Hauptkasse darf für den lokalen Zuschuß aber in keiner Weise in Anspruch genommen werden; es dürfen keine Geldmittel zurückbehalten werden, und Vorschüsse oder Darlehen werden zu dieser lokalen Unterstützung nicht gegeben. Den Zuschuß können also nur solche Zahlstellen geben, die durch ausreichend hohe Lokalbeiträge oder durch Einfälle ausreichende Barmittel zur Verfügung haben oder noch beschaffen können.

Bei allen Lasten der Verbandskasse zu verrechnenden 6 Mark sind auch den Kriegerwitwen zu gewähren, ebenso den Eltern oder sonstigen Personen, für welche ledige eingezogene oder gefallene Kollegen den Unterhalt bestreiten haben.

Die Unterstützung wird für alle Weihnachten 1915 zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder ausbezahlt, die mindestens ein Jahr dem Verband angehören, nicht weniger als 52 Wochenbeiträge geleistet haben und bei ihrer Abmeldung zum Heeresdienst nicht länger als 4 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstand waren. Heilbehandlung im Lazarett wird dem Heeresdienst gleichgeachtet.

Anweisungen über die Auszahlung, Verrechnung und Eintragung der Unterstützung sind den Zahlstellenleitungen zugegangen.

### Der Vorstand.

#### Durchhalten!

Wir haben jetzt rund 85 000 Kollegen im Kriegsdienst stehen. Das sind etwa zwei Armeecorps. In früheren Kriegen wäre das schon ein gewaltiges Heer gewesen, in dem mit Riesenmärschen rechnenden Volkstruppen ist es nur ein kleines Teilstück einer großen Maschinerie.

Für uns fallen die 85 000 schwer ins Gewicht. Es ist etwa die Hälfte unserer männlichen Mitglieder, es sind vor allem die rüstigsten, vielfach auch die tätigsten. Ein Blick in die Liste unseres Verbandsorgans, in der die neuen Adressen veröffentlicht werden, zeigt, in welchem Umfang immer wieder Zahlstellenleiter zum Kriegsdienst geholt werden. Naum ist eine Drittverwaltung vervollständigt, da reicht schon wieder der Gestaltungsbefehl eine Lücke. In den ersten Kriegsmonaten, als nur die jüngeren Jahrgänge eingezogen wurden, machte sich das noch nicht so sehr fühlbar wie jetzt, wo immer mehr auch die älteren Kollegen geholt werden. Es wird immer schwerer, für alle Eingezogenen Ersatz zu schaffen, alle freiverwendenden Posten im Verwaltungsaufbau des Verbandes neu zu besetzen. Um so erfreulicher ist es, daß uns das noch fast überall gelungen ist, daß immer wieder Kollegen und Kolleginnen sofort bereit in die Breche springen. So mancher alte Kollege, der früher im Verbandschifflein mit am Ruder saß, in den letzten Jahren jedoch seine Kräfte hinter jüngere zurückstellte, hat jetzt den alten Platz wieder eingenommen, und manche Kollegin, die im Frieden kaum hervortrat, steht jetzt in der ersten Reihe und füllt ihren Platz aus, daß man keine Freude daran haben muß.

Unsere im Felde stehenden Kollegen werden sich freuen, daß dem so ist. Sie können daraus die beruhigende Übersicht schöpfen, daß in den nicht zum Kriegsdienst eingezogenen Mitgliedern der fest, unerschütterliche Willen lebt, den Verband stark und leistungsfähig zu erhalten. Bis jetzt ist das durchaus gelungen. Gewiß nicht in dem Sinne, daß wir über Zuversicht an Mitgliedern, steigende Einnahmen und wachsende Erfolge bei Wirtschaftskämpfen berichten können. Doch das wird auch kaum jemand erwarten. Denn wir leben ja seit mehr als einem Jahr in einem Kriege, der ganz Europa in ein riesiges Heerlager verwandelt, die Blüte des Volkes auf die Schlachtfelder führt und den im Frieden lebhaft pulsierenden Strom des Wirtschaftslebens unterdrückt oder in neue Bahnen gelenkt hat. Darunter muß naturngemäß auch die gewerkschaftliche Arbeit leiden. Schon recht oft haben wir betont, daß die jetzige Entwicklung der Gewerkschaften nicht zu messen ist an den Erfolgen, die wir in Friedenszeiten erzielt haben. Vielmehr ist schon die Tatsache, daß wir uns in diesem gewaltigen Sturm so glänzend behaupten, ein gewaltiger Erfolg. Es ist ein geradezu überzeugender Beweis für die zähe Pflichttreue und den starken Zukunftsglauben der organisierten Arbeiter, für das feste Vertrauen in die Organisation, daß in dieser die Welt erschütternden Krise alle gewerkschaftlichen Verbände fest und sicher durchhalten. Das unsre Verbandsleiter geht nicht die gleichen Erfolge hat wie im Frieden, daß immer noch einige wenige Geprägte unsre Reihen wieder verlassen — das kann man bedauern, aber verwunderlich ist es nicht. Haben wir doch schon in Friedenszeiten über Mitgliederrückgang und vermindernde Erfolge unser Verbandsfähigkeit klagen müssen, sobald die Konjunktursturz des Wirtschaftsmarktes sich senkte; wie kann es uns da entmutigen, wenn dieser furchtbare Krise aller Krisenfürste, die je über das moderne Wirtschaftsleben

dahingerauscht sind, einige Splitter aus unserm Dach schlägt. Freuen wir uns, daß er am Fundament nicht rüttelt!

Wir möchten nicht mißverstanden werden. Es ist eigentlich selbstverständlich, daß aus unseren Ausführungen niemand den Schluss ziehen soll, wir könnten oder müssten den Rückgang ergeben und zufrieden hinnehmen wie eine Schicksalsfügung, gegen die man nicht ankämpfen kann. Ganz im Gegenteil. Wir wollen nun mitspielen alle Kräfte einzehn, um ihn aufzuhalten, um die Lücken, die Krieg und Kleinmuß in unsre Reihen reissen, wieder auszufüllen. Aber wir haben keinen Grund, hoffnungslos und mutlos zu werden, wenn uns das nicht überall immer und in vollem Umfang gelingt. Wir wollen bei unseren Erfolgen und Misserfolgen uns vergegenwärtigen, in welcher Zeit, unter welchen Umständen wir sie errungen oder erzielt haben, damit wir sie richtiger abstimmen können. Dann werden wir nicht kleinmütig, nicht hoffnungslos werden, sondern voll Vertrauen in die Zukunft sehen.

Vertrauen in die Zukunft unserer Bewegung ist aber die erste Voraussetzung für den Erfolg unserer Werbearbeit. Nur wer fest davon überzeugt ist, daß der Verband die Kriegsfront überdauern und nach dem Kriege seine Tätigkeit im Interesse seiner Mitglieder fortführen wird, kann erfolgreich für den Verband wirken. Zu jolchem Vertrauen berechtigen aber sehr viele Erscheinungen und Erfahrungen der Gegenwart. Gewiß wird uns der Krieg manche Erhöhung unserer Tätigkeit bringen, aber er wird auch manche Hemmung befechten. Vor allem wird er Hunderttausende von Gleichgültigen aufzutreiben und mit zahllosen Vorurteilen aufzutunnen. Unsre Aufklärungsarbeit wird nach dem Kriege einen besseren Boden, unsre Werbereihen werden offene Ohren finden. Da wir überdies hoffen dürfen, daß, wenn auch nicht gleich nach Friedensschluß, so doch in nicht allzu ferner Zeit eine günstige Geschäftskonjunktur eingesetzt wird, so können wir darauf rechnen, daß die Lücken, die der Krieg in unsre Reihen gerissen hat, sehr bald wieder ausgefüllt sein werden. Das wird um so eher geschehen, je energischer jetzt überall dafür gesorgt wird, daß das Verbandsgefüge unbeschädigt erhalten bleibt, daß für jeden Einrückenden, der irgend eine Funktion im Verbande bekleidet, Ersatz geschaffen wird. Je besser wir den Verband in der Gegenwart führen, um so mehr sichern wir seine Erfolge in der Zukunft.

\* \* \*

Die Bekanntmachung an der Spitze dieser Nummer zeigt, daß die Leitung unsres Verbandes voll Vertrauen in die Zukunft sieht und zugleich voll Eifer bemüht ist, die Gegenwartsaufgaben des Verbandes zu erkennen und zu erfüllen. Der Beschuß, den Kriegerfamilien mit einer Weihnachtshilfe beizuspringen, wird in den Kreisen unsrer Mitglieder allseitig begrüßt werden; vor allem aber von unsrer im Felde stehenden Kollegen. Sie werden daraus erneut ersehen, daß der Verband sich durchaus nicht engherzig auf den im Statut vorgesehenen Pflichtentkehrs beschränkt, sondern darüber hinaus gern mehr tut, wenn seine Mittel das gestatten. Wer nur oberflächlich schaut oder rechnet, kann vielleicht zu der Auffassung kommen, die ausgeworfenen Summen werden den Verband nur wenig belasten; dem ist aber nicht so. Schon jetzt sind, wie einleitend bemerkt, mehr als 85 000 Kollegen eingezogen; Weihnachten werden es etwa 90 000 sein. Wenn davon nur zwei Drittel verheiratet sind, so erhalten deren Familien aus der Hauptrasse 360 000 Mk. Der Gesamtbetrag der Zahlstellen wird, gering

gerechnet, 150 000 Mk. betragen, so daß die Weihnachtsgabe dem Verband reichlich eine halbe Million Mark kosten wird. Eine solche Summe würden die leitenden Kreisverbände des Verbandes gewiß nicht bewilligt haben, wenn sie nicht überzeugt davon wären, daß der Verband stark genug ist, um diese Ausgabe tragen zu können, und daß anderseits die Not groß genug ist, um diese Hilfe notwendig zu machen. Das mindert aber nicht die Genugtuung darüber, daß unser Verband auch in dieser so bitter schweren Zeit seinen Aufgaben in so weitgehendem Maße gerecht werden kann und gerecht wird.

Ohne Frage ist die wirtschaftl. Not in vielen, ja sagen wir ruhig in fast allen Kriegerfamilien so groß, daß sie mit einer einmaligen Weihnachtshilfe nicht behoben, meist nicht einmal wesentlich gelindert werden kann. Die geradezu ungeheurelle Verzehrung aller Waren hat die Lebenskosten dermaßen gesteigert, daß die Ernährung weitesten Volkstreife ernstlich gefährdet ist. Am meisten natürlich die Ernährung in den Kriegerfamilien, die keine Einnahmequelle haben als die Unterstützung vom Reich und von der Gemeinde. Es ist deshalb erfreulich, daß die Reichsunterstützung vom 1. November an erhöht werden soll. Die Frau soll 15 statt 12 Mk. für sich und 7,50 statt 6 Mk. monatlich für jedes Kind erhalten. Das ist immer noch bluttoenig, aber jede Erhöhung ist besser als nichts. Im Verein mit diesem Zusatz wird die Verbandsunterstützung denn doch in manchen Fällen die äußerste Not fernhalten können. Das wird eine Beruhigung sein für unsre Kollegen, die mit den Beichtwerden und Gefahren des Kriegsdienstes auch noch die bange Sorge um ihre Familien tragen müssen.

Unsren Mitgliedern, die noch daheim sind, wird der Beschuß ein neuer Ansporn sein, den Verband hochzuhalten und zu festigen. Das Bewußtsein, daß die Organisation, der sie angehören, für die sie wirken, sich in schwerster Zeit als treuester Helfer bewährt, muß ihrer Tätigkeit ein neuer Ansporn sein. Fünfzehn Monate Weltkrieg haben wir überstanden — wir werden bis zum Ende durchhalten, wenn wir auch sernerhin so treu und unerschütterlich zusammenstehen wie bisher.

### Die Arbeiter in der Heeresindustrie.

Nach Berichten der Tageszeitungen hat Generaloberst v. Moltke mit dem Korrespondenten einer amerikanischen Zeitung eine Unterredung gehabt, in deren Verlauf er sagte:

"Die Tatsache, daß wir imstande waren, den Bedarf an Munition und allen angenommenen und zukünftigen Anforderungen gerecht zu werden, ist einzig und allein der außerordentlichen Leistungsfähigkeit, der großen Anpassungsfähigkeit unserer alten und neuen Munitionsfabriken, den praktischen Eigenschaften und dem Patriotismus unserer deutschen Arbeiter zu verdanken, die nicht durch besondere Geprägung in den Dienst des Vaterlandes geprägt zu werden brauchen."

Die Bemerkung, daß die deutschen Arbeiter nicht durch eine besondere Geprägung in den Dienst des Vaterlandes geprägt zu werden brauchen, gilt auf England. Dort hat man durch ein sogenanntes Munitionsprojekt die für den Heeresbedarf arbeitende Industrie gegen Arbeiterfordernisse und Arbeiterschutz zu schwigen verucht.

In ähnlicher Weise wie v. Moltke hat jum fürsichtige ein Vorstandsmittel der bekannten Waffenfabrik von Ludwig Löwe u. So., Zeitz, v. Waldbach, gehabt. Der jährlich in Nr. 4 der Wochenzeitung "Der Staatsbadar", nachdem er ungjährig denklichen Gewinnengang wie v. Moltke in den oben zitierten Sätzen entwickelt hat:

"Die deutschen Gewerkschaften haben nie, wie die englischen Trade Unions, verboten, daß ein Arbeiter mehrere Maschinen bedienen soll. Ein solches Verbot, auch begrenzterweise besonders läufig, kann nicht, wenn es sich um Waffenfabrikation handelt, bei der automatisch arbeitenden Maschinen verhindert werden können, die nur geringe Bedienung benötigen. In Deutschland hat die Arbeiterschaft nie gefordert, daß eine Drehbank, obgleich sie keinen gelernten Dreher zur Bedienung bedarf, weil sie mit automatisch arbeitenden Werkzeugen ausgerüstet ist, trotzdem nur von einem gelernten Dreher bedient werden muß, bloß, weil die Maschine Dreherarbeiten verrichtet.

Der englische Konkurrenz, zu deutlich Sklaverei gezeigt, verlangt es anders: daher bei Maschinen Mangel an gelernten englischen Drehern, um so mehr, als sie im Soldatentreib weit mehr benötigen könnten als in der Munitionsfabrik, und ihnen die Werkeimmobilie ein begrenztes Leben verpragt. Die britischen Gewerkschaften haben jum dagegen gestraubt, daß Werkzeugmaschinen, die von weiblichen Personen bedient werden können, von solchen bedient werden. In England scheint erst die Not eines einjährigen Krieges erforderlich geworden zu sein, um dies im Wege der Geprägung durchzusetzen."

Es ist recht erstaunlich, daß hohe Militärs und angesehene Unternehmer jetzt an der deutschen Arbeiterschaft so viele gute Eigenschaften entdecken. Weniger erstaunlich ist es, daß diese Entdeckungen erst jetzt kommen und nicht schon gemacht wurden zu einer Zeit, wo einflussreiche Kreise der deutschen Arbeiterschaft oft alle guten Eigenschaften abwerteten und in ihr nur ein Objekt für eine schlechte Geprägung sahen. Hoffentlich dauert die gute Meinung ansonsten wenigstens an. Das ist besonders deshalb erstaunlich, weil von gewisser Seite gerade jetzt verprägt wird, daß für den Heeresbedarf tötigen Arbeiter auch in Deutschland, wenn nicht unter Sondergebot, so doch unter Sonderbestimmungen zu bringen. Wir haben ja schon früher berichtet, daß durch lokale militärische Behörden die Geprägung jener jüdischen Arbeiter in manchen Bezirken fast eingeschafft wird. Eine neue Verfügung des preußischen Kriegsministeriums, die an diestellvertretenden Generalkommandos gerichtet ist, hat gleichfalls den Frieden, den Arbeiterschutz in solchen Unternehmungen, die Militärarbeiten haben, einzuführen und gleichzeitig Lohnsteigerungen zu verhindern oder doch zu beschränken. Die Verfügung empfiehlt nämlich den Generalkommandos, eine gemeinsame Vereinbarung aller Heereslieferanten ihres Bezirks herzustellen, in der die Unternehmer jum verpflichten:

1. Sich nicht gegen seitige Arbeiterschäfte zu entscheiden; zum mindesten darf nicht ein Unternehmen dieser Gattung unmittelbar an Angebote eines andern Unternehmens gleicher Art mit einem Vertragsangebot her-

treten. Nach Möglichkeit sollen auch zur Aufgabe von Unternehmen, wie überhaupt zur Werbeaktivität nicht Orte gewählt werden, in denen die Betriebsmänner die Heeresindustrie einen besonderen Platz einnehmen. Werden Unternehmen erlassen, so muß der Hinweis auf besonders hohe Löhne sowie das Versprechen von Beurlaubungsanträgen unterbleiben.

2. Arbeit und andere Verträge der Heeresindustrie nicht zu schließen, wenn als Kündigungsground lediglich Anwendung einer neuen örtlichen Tarif entsprechend dem Sach gezahlt hat. — Dagegen erlaubt es das Kriegsministerium es als unerlässlich, wenn eine Abmachung zustande käme, derzufolge nur Arbeiter einzunehmen wären, die ihren bisherigen Vertrag mit Zustimmung des Arbeitgebers gelöst hätten, da hiermit das freie Entstehen eines Arbeiters in seiner Ausbildung dem Interessen der Unternehmer unterstellt würde. Auch zur Einrichtung besonderer Einigungskomitees zur Erledigung von Streitfällen kann das Ministerium nicht raten. Dagegen empfiehlt es den Handels- und Gewerbevereinen sowie den Industriellen selbst, in allen Zweigvereinen mit den Kaufmanns- und Gewerbegelehrten enge Führung zu nehmen.

Unsichtbar schlägt uns in einer solchen Vereinbarung ganz beiderseits der Satz, daß ungünstiger Lohn dann nicht anerkannt werden soll, wenn der Unternehmer einen "seinen örtlichen Tarif entsprechenden Satz" gezahlt hat. Die jetzige Tendenz macht den Tariflohn durchaus ungünstig, zudem sind die Kriegsgewinne der Heeresindustrien meist so hoch, daß eine übertarifliche Bezahlung gerade ihnen durchaus zugemessen werden kann.

Nebstens deutet sich diese Verfügung inhaltlich, teilweise sogar dem Wortlaut nach mit einem Erfolg, der vor einiger Zeit im Bereich des 7. Armeekorps an die Handelsräte erging. (Siehe Nr. 27 des "Proletariers") Auch in einigen anderen Bezirken sind schon ähnliche Verfügungen bekannt geworden. Es handelt sich also bei dieser Verfügung nicht um neue Anordnungen, sondern wohl nur um den Verdacht, obwohl solche Vereinbarungen zu treffen. Voraussetzung ist, daß das Kriegsministerium eine Abmachung, nach der nur Arbeiter aufgenommen werden, die ihre Arbeitsplätze mit Zustimmung des Arbeitgebers gelöst haben, als unerwünscht bezeichnet. In einem Erlass der Berliner Feldzeugmeisterei vom 11. Januar d. J. wurde nämlich eine solche Vereinbarung den Unternehmern direkt vorgeschrieben.

## Vom Lederwucher.

Zu der allgemeinen Besteuerung der Lebensmittel hat uns der Krieg auch erhebliche Preissteigerungen für zahlreiche andre Bedarfssachen gebracht. So sind die Lederpreise und damit die Preise für Schuhwaren und für Schuhreparaturen ganz enorm gestiegen. Neue Schuhwaren sind um mindestens 50 Prozent, Reparaturen um 100 und mehr Prozent teurer geworden.

Diese Veränderung des Lederpreises hat mehrere Ursachen. Zunächst ist der Bedarf der Heeresverwaltung an Leder aller Art für Stiefel, Patrouillenstiefeln, Kappelecken, Tornister usw. ganz außerordentlich groß.erner ist die Einführung von Leder oder von Rohhäuten für die Lederherstellung sehr erschwert. Daraus erklärt sich eine gewisse Knappheit in manchen Lederorten, und diese Knappheit wiederum führt zur Steigerung der Preise. Daneben wirkt aber noch ein anderer Faktor preissteigernd, und das ist die Gewinnzulage der Fabrikanten. Es ist eine beobachtete Tatsache, daß jede durch unvermeidliche Erfüllung und Wirkungen des Krieges heraufgerückte Knappheit an Waren von risikofreien Kapitalisten im eigenen Interesse ausgenutzt wird. Sodals eine Ware knapp wird oder knapp zu werden droht, wird der greifbare Nutzen ausgenutzt und nur zu unbedeutendem hohen Preisen herangegeben. In einzelnen Fällen ist die Regierung mit Erfolg dagegen eingedrungen, in andern läuft sie die Dinge lassen. Aber begnügt sich mit Maßnahmen, die verfehlt oder unzureichend sind.

In die Lederherstellung bzw. in die Preisgestaltung des Leders hat die Regierung bisher nur indirekt eingegriffen. Die Kriegsleder-Allianzgesellschaft hat durch entsprechende Preisstellung der Rohhäute versucht, den Lederfabrikanten keinen hohen Gewinn zu beschaffen. Dazu hatte sie auch allen Grund. Die Gewinne dieser Unternehmungen sind nämlich im Kriegsjahr ganz unzweckmäßig gestiegen. Einige in letzter Zeit bekanntgewordene Geschäftsfabrikäle von Allianzgesellschaften bezogenen das. Es hatten die Kriegsleder-Allianz ebenfalls einen Gewinn von 140 000 M. auf einem Aktienkapital von nur 100 000 M. einen Bruttoeinnahmen von 72 914 M. Durch Abzuschreibungen aller Art — die ganz unzulässig waren bis auf 1 M. abgeschrieben — wurde er auf 43 700 M. heruntergebracht. Also bringt er immer noch reichlich 100 Prozent des Aktienkapitals. Um aber nicht allzuviel Aufsehen zu erregen, sollen die Aktionäre "nur" 20 Prozent Dividende erhalten. Angesetzt das Aktienkapital auf 600 000 M. erhöht werden. 201 186 M. auf 50 Prozent des Aktienkapitals, werden auf neue Weise beigetragen.

Sonst 1 auf 30 Prozent Dividende gelangte die Allianzgesellschaft für Lederfabrikanten in München. Das Unternehmen ergab dabei einen Bruttoeinnahmen von 1 666 026 M. auf 191 625 M. und kam daher gegen 4 Prozent im Bruttoeinnahmen 30 Prozent Dividende zur Verteilung bringen. Die Höhe des Gewinns ist besonders erstaunlich in Erwägung, wenn man beachtet, daß der vorliegenden Geschäftsjahr mit 1 461 000 M. als Tantasse ist der gleich hohe Brutto eingeschlagen ist, der im Bericht des Vorstandes den Bruttoeinnahmen darstellt. Es wird unumstößlich angenommen, daß der hohe Gewinn aus Kriegsleistungserfolg resultiert. Da vom Vorjahr übernommenen Bruttoeinnahmen gesehen, ist die eingeschlagene Preissteigerung großer Augenbrauk.

Die Rheinischen Lederwerke in Saarbrücken erzielten im Geschäftsjahr 1915 26 1655 M. Bruttoeinnahmen. Das Aktienkapital dieser Gesellschaft beträgt 350 000 M. Als auch hier ein Gewinn, der die Aussicht auf eine Dividende von 100 Prozent ermöglicht wurde. Betriebspoker gibt nun mit 10 (gegen 6 im Vorjahr). Dafür erhalten die kleinen Personen 25 000 M. an Renten, 112 000 M. werden für Abschreibungen verwendet und 149 500 M. an Gehalts — bei 350 000 M. Aktienkapital! — geschüttet.

Ende September wurde noch einmal bekanntlich, dass sie zeigen, daß die Unternehmungen für die Errichtung eines gesetzlich vertragten Tarifes, der in den Herstellungsbetrieben in eigener Weise verhandelt werden. Unserer Meinung nach aber kommen die Unternehmungen nicht in die Lage, die Tarife zu bestimmen. Sie können nur helfen, die Tarife zu unterstützen. Sie können nicht bestimmen, was die Tarife sind. Sie müssen damit einen Teil der Tarife festlegen, um die Tarife festzulegen, die die jüngsten Kriegsergebnisse bestimmen, was ja bestimmt ist, was die Tarife festzulegen.

Der Krieg führt zu Preis-, und die Preissteigerungen führen zu Kriegsergebnissen, die nicht so genau, wie durch die Kriegsergebnisse und die Preissteigerungen auf die Tarife bestimmen. Aber die Tarife bestimmen nicht, was ja bestimmt ist, was die Tarife festzulegen.

Um diese zu bestimmen, müssen wir uns zusammen, um eine möglichst gerechte und gerechte Verhandlung der Tarife zu erhalten, faire Tarifverhandlungen zu erhalten.

Kriegsspende Deutscher Frankenbank 1915

Das Kriegsministerium der Generaldirektion wird aus gesetzlich: Der Beitrag wird für die Spende vom Generaldirektor bestimmt. Sie haben die Spende zu spät oder bevorzugt, die in ihrer Zeit beginnen. Sie bringen damit einen Teil der Tarife festlegen, um die Tarife festzulegen, die die jüngsten Kriegsergebnisse bestimmen, was ja bestimmt ist, was die Tarife festzulegen.

Der Krieg führt zu Preis-, und die Preissteigerungen führen zu Kriegsergebnissen, die nicht so genau, wie durch die Kriegsergebnisse und die Preissteigerungen auf die Tarife bestimmen. Aber die Tarife bestimmen nicht, was ja bestimmt ist, was die Tarife festzulegen.

Um diese zu bestimmen, müssen wir uns zusammen, um eine möglichst gerechte und gerechte Verhandlung der Tarife zu erhalten, faire Tarifverhandlungen zu erhalten.

Kriegsspende Deutscher Frankenbank 1915

Das Kriegsministerium der Generaldirektion wird aus gesetzlich: Der Beitrag wird für die Spende vom Generaldirektor bestimmt. Sie haben die Spende zu spät oder bevorzugt, die in ihrer Zeit beginnen. Sie bringen damit einen Teil der Tarife festlegen, um die Tarife festzulegen, die die jüngsten Kriegsergebnisse bestimmen, was ja bestimmt ist, was die Tarife festzulegen.

Der Krieg führt zu Preis-, und die Preissteigerungen führen zu Kriegsergebnissen, die nicht so genau, wie durch die Kriegsergebnisse und die Preissteigerungen auf die Tarife bestimmen. Aber die Tarife bestimmen nicht, was ja bestimmt ist, was die Tarife festzulegen.

Um diese zu bestimmen, müssen wir uns zusammen, um eine möglichst gerechte und gerechte Verhandlung der Tarife zu erhalten, faire Tarifverhandlungen zu erhalten.

Kriegsspende Deutscher Frankenbank 1915

Das Kriegsministerium der Generaldirektion wird aus gesetzlich: Der Beitrag wird für die Spende vom Generaldirektor bestimmt. Sie haben die Spende zu spät oder bevorzugt, die in ihrer Zeit beginnen. Sie bringen damit einen Teil der Tarife festlegen, um die Tarife festzulegen, die die jüngsten Kriegsergebnisse bestimmen, was ja bestimmt ist, was die Tarife festzulegen.

Der Krieg führt zu Preis-, und die Preissteigerungen führen zu Kriegsergebnissen, die nicht so genau, wie durch die Kriegsergebnisse und die Preissteigerungen auf die Tarife bestimmen. Aber die Tarife bestimmen nicht, was ja bestimmt ist, was die Tarife festzulegen.

Um diese zu bestimmen, müssen wir uns zusammen, um eine möglichst gerechte und gerechte Verhandlung der Tarife zu erhalten, faire Tarifverhandlungen zu erhalten.

Kriegsspende Deutscher Frankenbank 1915

Das Kriegsministerium der Generaldirektion wird aus gesetzlich: Der Beitrag wird für die Spende vom Generaldirektor bestimmt. Sie haben die Spende zu spät oder bevorzugt, die in ihrer Zeit beginnen. Sie bringen damit einen Teil der Tarife festlegen, um die Tarife festzulegen, die die jüngsten Kriegsergebnisse bestimmen, was ja bestimmt ist, was die Tarife festzulegen.

Der Krieg führt zu Preis-, und die Preissteigerungen führen zu Kriegsergebnissen, die nicht so genau, wie durch die Kriegsergebnisse und die Preissteigerungen auf die Tarife bestimmen. Aber die Tarife bestimmen nicht, was ja bestimmt ist, was die Tarife festzulegen.

Um diese zu bestimmen, müssen wir uns zusammen, um eine möglichst gerechte und gerechte Verhandlung der Tarife zu erhalten, faire Tarifverhandlungen zu erhalten.

Kriegsspende Deutscher Frankenbank 1915

Das Kriegsministerium der Generaldirektion wird aus gesetzlich: Der Beitrag wird für die Spende vom Generaldirektor bestimmt. Sie haben die Spende zu spät oder bevorzugt, die in ihrer Zeit beginnen. Sie bringen damit einen Teil der Tarife festlegen, um die Tarife festzulegen, die die jüngsten Kriegsergebnisse bestimmen, was ja bestimmt ist, was die Tarife festzulegen.

Der Krieg führt zu Preis-, und die Preissteigerungen führen zu Kriegsergebnissen, die nicht so genau, wie durch die Kriegsergebnisse und die Preissteigerungen auf die Tarife bestimmen. Aber die Tarife bestimmen nicht, was ja bestimmt ist, was die Tarife festzulegen.

Um diese zu bestimmen, müssen wir uns zusammen, um eine möglichst gerechte und gerechte Verhandlung der Tarife zu erhalten, faire Tarifverhandlungen zu erhalten.

Kriegsspende Deutscher Frankenbank 1915

Das Kriegsministerium der Generaldirektion wird aus gesetzlich: Der Beitrag wird für die Spende vom Generaldirektor bestimmt. Sie haben die Spende zu spät oder bevorzugt, die in ihrer Zeit beginnen. Sie bringen damit einen Teil der Tarife festlegen, um die Tarife festzulegen, die die jüngsten Kriegsergebnisse bestimmen, was ja bestimmt ist, was die Tarife festzulegen.

Der Krieg führt zu Preis-, und die Preissteigerungen führen zu Kriegsergebnissen, die nicht so genau, wie durch die Kriegsergebnisse und die Preissteigerungen auf die Tarife bestimmen. Aber die Tarife bestimmen nicht, was ja bestimmt ist, was die Tarife festzulegen.

Um diese zu bestimmen, müssen wir uns zusammen, um eine möglichst gerechte und gerechte Verhandlung der Tarife zu erhalten, faire Tarifverhandlungen zu erhalten.

Kriegsspende Deutscher Frankenbank 1915

Das Kriegsministerium der Generaldirektion wird aus gesetzlich: Der Beitrag wird für die Spende vom Generaldirektor bestimmt. Sie haben die Spende zu spät oder bevorzugt, die in ihrer Zeit beginnen. Sie bringen damit einen Teil der Tarife festlegen, um die Tarife festzulegen, die die jüngsten Kriegsergebnisse bestimmen, was ja bestimmt ist, was die Tarife festzulegen.

Der Krieg führt zu Preis-, und die Preissteigerungen führen zu Kriegsergebnissen, die nicht so genau, wie durch die Kriegsergebnisse und die Preissteigerungen auf die Tarife bestimmen. Aber die Tarife bestimmen nicht, was ja bestimmt ist, was die Tarife festzulegen.

Um diese zu bestimmen, müssen wir uns zusammen, um eine möglichst gerechte und gerechte Verhandlung der Tarife zu erhalten, faire Tarifverhandlungen zu erhalten.

Kriegsspende Deutscher Frankenbank 1915

Das Kriegsministerium der Generaldirektion wird aus gesetzlich: Der Beitrag wird für die Spende vom Generaldirektor bestimmt. Sie haben die Spende zu spät oder bevorzugt, die in ihrer Zeit beginnen. Sie bringen damit einen Teil der Tarife festlegen, um die Tarife festzulegen, die die jüngsten Kriegsergebnisse bestimmen, was ja bestimmt ist, was die Tarife festzulegen.

Der Krieg führt zu Preis-, und die Preissteigerungen führen zu Kriegsergebnissen, die nicht so genau, wie durch die Kriegsergebnisse und die Preissteigerungen auf die Tarife bestimmen. Aber die Tarife bestimmen nicht, was ja bestimmt ist, was die Tarife festzulegen.

Um diese zu bestimmen, müssen wir uns zusammen, um eine möglichst gerechte und gerechte Verhandlung der Tarife zu erhalten, faire Tarifverhandlungen zu erhalten.

Kriegsspende Deutscher Frankenbank 1915

Das Kriegsministerium der Generaldirektion wird aus gesetzlich: Der Beitrag wird für die Spende vom Generaldirektor bestimmt. Sie haben die Spende zu spät oder bevorzugt, die in ihrer Zeit beginnen. Sie bringen damit einen Teil der Tarife festlegen, um die Tarife festzulegen, die die jüngsten Kriegsergebnisse bestimmen, was ja bestimmt ist, was die Tarife festzulegen.

Der Krieg führt zu Preis-, und die Preissteigerungen führen zu Kriegsergebnissen, die nicht so genau, wie durch die Kriegsergebnisse und die Preissteigerungen auf die Tarife bestimmen. Aber die Tarife bestimmen nicht, was ja bestimmt ist, was die Tarife festzulegen.

Um diese zu bestimmen, müssen wir uns zusammen, um eine möglichst gerechte und gerechte Verhandlung der Tarife zu erhalten, faire Tarifverhandlungen zu erhalten.

Kriegsspende Deutscher Frankenbank 1915

Das Kriegsministerium der Generaldirektion wird aus gesetzlich: Der Beitrag wird für die Spende vom Generaldirektor bestimmt. Sie haben die Spende zu spät oder bevorzugt, die in ihrer Zeit beginnen. Sie bringen damit einen Teil der Tarife festlegen, um die Tarife festzulegen, die die jüngsten Kriegsergebnisse bestimmen, was ja bestimmt ist, was die Tarife festzulegen.

Der Krieg führt zu Preis-, und die Preissteigerungen führen zu Kriegsergebnissen, die nicht so genau, wie durch die Kriegsergebnisse und die Preissteigerungen auf die Tarife bestimmen. Aber die Tarife bestimmen nicht, was ja bestimmt ist, was die Tarife festzulegen.

Um diese zu bestimmen, müssen wir uns zusammen, um eine möglichst gerechte und gerechte Verhandlung der Tarife zu erhalten, faire Tarifverhandlungen zu erhalten.

Kriegsspende Deutscher Frankenbank 1915

Das Kriegsministerium der Generaldirektion wird aus gesetzlich: Der Beitrag wird für die Spende vom Generaldirektor bestimmt. Sie haben die Spende zu spät oder bevorzugt, die in ihrer Zeit beginnen. Sie bringen damit einen Teil der Tarife festlegen, um die Tarife festzulegen, die die jüngsten Kriegsergebnisse bestimmen, was ja bestimmt ist, was die Tarife festzulegen.

Der Krieg führt zu Preis-, und die Preissteigerungen führen zu Kriegsergebnissen, die nicht so genau, wie durch die Kriegsergebnisse und die Preissteigerungen auf die Tarife bestimmen. Aber die Tarife bestimmen nicht, was ja bestimmt ist, was die Tarife festzulegen.

Um diese zu bestimmen, müssen wir uns zusammen, um eine möglichst gerechte und gerechte Verhandlung der Tarife zu erhalten, faire Tarifverhandlungen zu erhalten.

Kriegsspende Deutscher Frankenbank 1915

Das Kriegsministerium der Generaldirektion wird aus gesetzlich: Der Beitrag wird für die Spende vom Generaldirektor bestimmt. Sie haben die Spende zu spät oder bevorzugt, die in ihrer Zeit beginnen. Sie bringen damit einen Teil der Tarife festlegen, um die Tarife festzulegen, die die jüngsten Kriegsergebnisse bestimmen, was ja bestimmt ist, was die Tarife festzulegen.

Der Krieg führt zu Preis-, und die Preissteigerungen führen zu Kriegsergebnissen, die nicht so genau, wie durch die Kriegsergebnisse und die Preissteigerungen auf die Tarife bestimmen. Aber die Tarife bestimmen nicht, was ja bestimmt ist, was die Tarife festzulegen.

Um diese zu bestimmen, müssen wir uns zusammen, um eine möglichst gerechte und gerechte Verhandlung der Tarife zu erhalten, faire Tarifverhandlungen zu erhalten.

Kriegsspende Deutscher Frankenbank 1915

Das Kriegsministerium der Generaldirektion wird aus gesetzlich: Der Beitrag wird für die Spende vom Generaldirektor bestimmt. Sie haben die Spende zu spät oder bevorzugt, die in ihrer Zeit beginnen. Sie bringen damit einen Teil der Tarife festlegen, um die Tarife festzulegen, die die jüngsten Kriegsergebnisse bestimmen, was ja bestimmt ist, was die Tarife festzulegen.

Der Krieg führt zu Preis-, und die Preissteigerungen führen zu Kriegsergebnissen, die nicht so genau, wie durch die Kriegsergebnisse und die Preissteigerungen auf die Tarife bestimmen. Aber die Tarife bestimmen nicht, was ja bestimmt ist, was die Tarife festzulegen.

Um diese zu bestimmen, müssen wir uns zusammen, um eine möglichst gerechte und gerechte Verhandlung der Tarife zu erhalten, faire Tarifverhandlungen zu erhalten.

Kriegsspende Deutscher Frankenbank 1915

Das Kriegsministerium der Generaldirektion wird aus gesetzlich: Der Beitrag wird für die Spende vom Generaldirektor bestimmt. Sie haben die Spende zu spät oder bevorzugt, die in ihrer Zeit beginnen. Sie bringen damit einen Teil der Tarife festlegen, um die Tarife festzulegen, die die jüngsten Kriegsergebnisse bestimmen, was ja bestimmt ist, was die Tarife festzulegen.

Der Krieg führt zu Preis-, und die Preissteigerungen führen zu Kriegsergebnissen, die nicht so genau, wie durch die Kriegsergebnisse und die Preissteigerungen auf die Tarife bestimmen. Aber die Tarife bestimmen nicht, was ja bestimmt ist, was die Tarife festzulegen.

Um diese zu bestimmen, müssen wir uns zusammen, um eine möglichst gerechte und gerechte Verhandlung der Tarife zu erhalten, faire Tarifverhandlungen zu erhalten.

Kriegsspende Deutscher Frankenbank 1915

diese Nebenwirkung als ein erfreulichswertiger Hauptzweck hingestellt und gepriesen. Und das im 20. Jahrhundert! Ja, ja, es gibt wunderliche Künste in der Welt!

## Verteuerung der Zündholzer in Sicht.

Aus Interessenskreisen geht Berliner Blättern die Mitteilung zu, daß der Verein deutscher Zündholzfabrikanten die Schaffung eines Syndikats anstrebt. Der Verein sei bereits eingetragen worden, um die Übernahme der der Industrie zur Verfügung gestellten Rohstoffmaterialien einheitlich zu ermöglichen und auch gleichzeitig die Verteilung entsprechend durchzuführen. Es komme dies hauptsächlich für die Übernahme des von der Militärbehörde zur Verfügung gestellten Aspholholzes aus dem besetzten Litauen und Kurland in Frage.

Der Notiz wird hinzugefügt: "Die Frage einer Festsetzung von Höchstpreisen für Zündholzer erscheint insofern überholt, als bereits eine Anzahl Oberkommunen den gegenwärtigen Preis vor 40 Pf. für das Paket als Höchstpreis eingestellt haben und in allgemeiner eine weitere Erhöhung der Preise seitens der Zündholzindustrie bestimmt nicht mehr zu erwarten ist." — Also 40 Pf. soll der Normalpreis werden! Wenn alle die Preise steigern, können die Zündholzfabrikanten nicht unätig sein.

## Erneut ausgebrochene Papierarbeiterstreiks.

Vor einigen Wochen teilten wir mit, daß die Papierarbeiter-Blüsteine in der amerikanischen Papierindustrie im Stacie Newark durch Schiedsgericht beendet wurden und die Streikenden die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen müssten. Die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit durch die Arbeiter hat den Machtkampf der Unternehmer noch mehr angespannen lassen. Dieselben Unternehmer, die Streikende durch Pauschalwurf aus den Fabrikwohnungen abdrängt machen, die Ausübung des Streikrechts der Arbeiter durch Privatpolizisten zu verhindern suchen und den ungeltenden Streikverbot höhere Löhne zahlen als die Streikenden sich zu fordern getraut hätten, glaubten die Zeit für gekommen, gründliche Rache an den Streikenden zu üben.

Die unter Mitwirkung des staatlichen Schiedsrichters angenommenen Bedingungen, unter denen der Ausstand beendet wurde, ließen die Papierbarone Macht einfach nicht ein. Ein Teil der Streikenden wurde nicht wieder eingestellt, dafür aber auf schwarze Listen gesetzt und dadurch noch weiterhin brocken gemacht. Dieses System war vor Kriegsausbruch auch in Deutschland sehr beliebt. Den Arbeitern wurde zugemutet, die tägliche Dreizehntundstundenschicht für denselben Lohn zu arbeiten, den die Arbeiter der Internationale Paper Co. bei achtfarbiger Arbeitszeit erhalten. Auch erhielten die Streikbrecher höhere Löhne als die alten Arbeiter. Den Unternehmern war es vor allem darum zu tun, an Stelle der organisierten Arbeiter unorganisierte zu sehen, um so nach und nach die organisierten Arbeiter aus den Betrieben zu entfernen. Eine derartige Behandlungsweise konnten sich die organisierten Papierarbeiter nicht gefallen lassen, weshalb die Arbeiter der Papierfabriken Elt. Regis, Worthington, Continental, Champion und Westend im Bezirke Waterdown nach leidenschaftlichem Frieden erneut in den Streik traten.

Hoffentlich gelingt es ihnen nunmehr, den Machtkampf der Unternehmer zu brechen.

**Genossenschaftsbewegung.**

Die Kriegsversicherungskasse der Volksfürsorge besteht jetzt ein Jahr. Sie eröffnete im Oktober 1914 ihren Betrieb und kann mit dem bisher erzielten Ergebnis im allgemeinen zufrieden sein. Es sind bis zum 15. Oktober 1915 im ganzen für 39 775 Kriegsteilnehmer 58 132 Anteilscheine erworben und dafür 290.685 Mark eingezahlt worden, die restlos spätestens sechs Monate nach Friedensschluß an die Angehörigen der im Kriege Gefallenen oder an den Folgen des Kriegs Verhinderter, zu deren Gunsten die Versicherung abgeschlossen wurde, zur Auszahlung gelangen.

Die Kasse wird zahlreichen Familien nach Schluß des Krieges die Mittel liefern, um das Elitieren in neue Verhältnisse zu erleichtern. In allen den Familien, in welchen das Fehlen jüdischer Mittel den Verlust der Angehörigen im Kriege durch große finanzielle Schwierigkeiten noch erhöht wird, wird man es sehr bebauen, die günstige Gelegenheit der Belebung an der Kriegsversicherungskasse zu nutzen. Der Kriegserfolg erfolgte Zugang steht immer noch nicht in wünschenswerten Verhältnissen zu der ungeheuer großen Zahl von Männern, die in ununterbrochenen Einschätzungen den bürgerlichen Bruch mit dem Kriegsverständnis verlaufen müssen. Alle Kriegsteilnehmer haben mit einer Erhöhung der Lebenshaltung zu rechnen, und zwar nicht nur diejenigen, welche nach kurzer regelmäßiger Aussbildung direkt in die Front kommen, sondern auch alle im Capappen, Sanitäts- oder Bewachungsdienste zur Beweinung kommenden Mannschaften. Schließlich bei den jungenen Armierungstruppen kommt es nicht selten Kriegsverluste vor, wie durch die Verbündeten von allen Kriegsschauplätzen berichtet wird.

Wo aber Lebensgefahr für die Kriegsteilnehmer besteht, da besteht auch die Gefahr für ihre Familien, den Erzieher und damit das zum Lebensunterhalt notwendige Einkommen zu verlieren. Aus zahlreichen Mitteilungen ist bekannt, daß für die Krieger in den härtesten Kämpfen es nur eine Sorge gibt, die ihren stark Herz beschwert, die Sorge um das Wohlergehen ihrer Frauen und Kinder oder ihrer Eltern. Erleichtert wird ihnen in höchster Stunde ihre schwere Aufgabe in Heimateland, wenn sie die beruhigende Gewissheit haben, daß ihre Lieben nicht nur von den jüdischen Rettungsgesellschaften betreut sind durch die finanziellen Unterstützungen der Allgemeinheit, sondern darüber hinaus auch die Organisationen der Kollegen und Freunden sich um ihre Familien kümmern und ihnen ratend und helfend beisteht. Wenn sie dazu noch die weitere Gewissheit haben, daß im schlimmsten Falle, mit dem starken Kriegsteilnehmer rechnen mög, durch Löfung von Anteilscheinern bei der Volksfürsorge-Kriegsversicherungskasse die Auszahlung einer größeren Summe geplant ist und dadurch Mittel zur Verfügung stehen, mit denen die Familie nach dem Kriege sich über die größten Schwierigkeiten hinwegstellen kann, dann werden sie in dieser Vorjause nicht, wie vielleicht angekommen wird, eine peinliche Spekulation auf ihren Tod erwidern, sondern sie werden diese Versicherung dankbar als eine große Beruhigung empfinden.

**Ausländische Arbeiterbewegung.**

**Ber Balkankrieg und die bulgarischen Gewerkschaften**

Angesichts der noch nicht zu beantwortenden Frage, in welchem Maße die gewerkschaftliche Entwicklung und Tätigkeit durch den Krieg beeinflußt wird, ist ein Bericht beachtenswert, den die Zentrale der Gewerkschaften Bulgariens einer Konferenz der Berufsverbände, die vom 23. bis 25. September in Sofia tagte, unterbreitet hat. Bulgarien hat zwei Jahre Krieg hinter sich (im dritten ist es jedoch eingetreten), ja doch man von dem Ablauf der Ereignisse dort gewisse Schlüsse auf andere Länder, auch auf Deutschland ziehen kann. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß einerseits der jetzige Krieg durch Umfang und Dauer, insbesondere auch mit seinen Rücksichten auf das Wirtschaftsleben, die Balkanfrage weit übertragt, daß andererseits aber auch die deutschen Gewerkschaften besser fundiert und stärker organisiert waren als die Bulgaren. In dem Bericht heißt es:

Der Balkankrieg von 1912/1913 schlug diese Wunden in die bulgarische Gewerkschaftsbewegung, und zwar zu einer Zeit, als der Gewerkschaftsbund sich in einer erfreulich raschen Entwicklung befand. Allein in der ersten Hälfte des Jahres 1912 wurde die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder von 6165 auf 8460 im Juli desselben Jahres. Der Balkankrieg entzog der Organisation mehrere ehemaligen Dauerangehörigen 80 Prozent seiner Mitglieder; davon fielen auf dem Schlachtfeld 172 unserer ehemaligen Gewerkschaften, also 48% andre verloren unter Geschädigung mit dem Rumänien abgedrehten Gebietshauptgebiete. Der Krieg hinterließ uns riesigen Hindernisse von Fabrikalen, von erheblichen und erstaunlichen Mitgliedern, die arbeitsunfähig waren; eine Menge wieder jenseitig in der Regel genötigt, nach Amerika auszuwandern. Die allgemeine psychologische und materielle Lage nach dem Kriege war eine ungemein gesättigte. Wir haben uns daher vor einer schweren Aufgabe gestellt, als wir an den Wiederaufbau unserer Organisationen gingen. Dennoch

gelang es, sie in verhältnismäßig kurzer Zeit auf einen aufrechten Stand zu bringen. Ende 1913, also fünf Monate nach der Demobilisierung, waren von den vor dem Kriege bestehenden 285 Verbandssektionen schon 160 mit 5088 Mitgliedern wiederhergestellt, und Mitte 1914 hatten wir schon 201 Sektionen mit 7584 Mitgliedern. Sehr kaum hatte sich insie so hart geprüfte Gewerkschaftsbewegung erholt, als sie aufs neue durch den Ausbruch des jüngsten europäischen Krieges schwer erschüttert wurde.

Der Weltkrieg wirkte zunächst verberlich auf unser Land ein: die Handelsbeziehungen mit dem Auslande wurden unterbrochen, der Verkehr in unseren Häusern am Schwarzen Meer sowie an der Donau stockte; eine Anzahl von Industrieunternehmungen mußten ihre Arbeit wegen Mangel an eingeschränkten Materialien einzurichten, andre wieder wurden geschlossen. Es trat eine noch nicht beseitigte wirtschaftliche Krise ein.

Die erste grobe Folge war massenhafte Arbeitslosigkeit. Die vom Gewerkschaftskomitee im Oktober 1914 in 34 Städten angestellte und auf eine befristete Anzahl von Unternehmen sich erstreckende Enquete über den Umfang der Arbeitslosigkeit brachte nachstehende Ergebnisse: durch die Krise waren 218 Unternehmen mit 15.688 beschäftigten Arbeitern geschlossen und 901 Unternehmen hatten ihr Arbeitspersonal um 8719 Personen vermindert. Schon hatten nur diese 1119 Unternehmen zusammen 24.987 Arbeitslose auf das Pfaster geworfen. Zur Wirklichkeit aber betrug die Gesamtzahl der Arbeitslosen noch zu jener Zeit über 30.000. Dabei ist zu bemerken, daß viele der beschäftigten Arbeiter nur an einzelnen Tagen der Woche oder nur einige Stunden pro Tag arbeiten konnten. Seither steigerte sich die Arbeitslosigkeit immer mehr. Nach amtlicher Feststellung war die Gesamtproduktion in Gewerbe und Industrie im Vergleich mit dem Stand vor dem Kriege um 35 Prozent zurückgegangen.

Der Krieg brachte auch eine unglaubliche Leitung mit sich. Die Preise der Lebensmittel stiegen um 100 bis 200 Prozent, und jene mancher Massenverbrauchsartikel, wie Garn, Nähfaden, Schuhjohlen u. a. sogar um 500 bis 600 Prozent! Der Wohnungszins erfuhr ebenfalls eine bedeutende Steigerung, und zwar um 30 Prozent in den größeren Städten und um 55 Prozent in Sofia! Dabei waren die Löhne um 10 bis 15 Prozent herabgesetzt.

Unsre Agitation war sehr behindert durch den noch seit August 1914 verhängten Belagerungszustand. In vielen Orten vertrieben die Militärmannschaften selbst unsre Mitgliederversammlungen, Konferenzen und Unterhaltungssabende, so es wurde sogar manches unserer Lokale beschädigt geschlossen. Auch die periodische und ununterbrochene Einberufung der Arbeiter zu dreiwöchigen Übungen während acht Monaten entzog der Organisation über 1500 Mitglieder und mehr als zwei Drittel der gewerkschaftlichen Funktionäre. Zu alledem wirkte auf die Gemüter außerordentlich präparierend sowohl die ständige Kriegsgefahr, in der das Land dank der nationalistischen Erwerbungspolitik der Herrschenden schwelt, als auch, und insbesondere, der ideelle Zusammenbruch der Internationale ein.

Es ist klar, daß unter diesen Verhältnissen unsre Gewerkschaften nicht nur in ihrer Entwicklung gehemmt wurden, sondern auch einen neuen bedeutenden Rückgang zu verzeichnen hatten: in den ersten fünf Monaten nach dem Ausbruch des Weltkrieges sank die Zahl der ordentlichen Mitglieder um 3000! Eine relative Neubebelung der Organisation setzte erst seit März 1915 ein. Im Juni kamen wir eine Werbeaktion veranstaltet, die einige hundert neue Mitglieder hereinbrachte.

Am Schluß 1914 befand der Gewerkschaftsbund aus 12 Berufsverbänden mit 5088 Mitgliedern. Zu Beginn der Berichtsperiode wurde der 13. Berufsverband, der Friseurgehilfen, gegründet. Ende 1914 zählte der Bund 4503, Ende Juni 1915 5071 Mitglieder, davon 340 Arbeiterrinnen.

Bei 3 Ortskarten bestand ein seit einigen Jahren gebildeter Fonds zur "gewerkschaftlichen Selbsthilfe". Im Jahre 1914 betrugen seine Gemeinkosten 5655,68 Franc, die Gefamtausgaben (für ärztliche Hilfe und Gerichtsvorstellung) 3966,46 Franc; der Kassenbestand stieg von 619,77 auf 1908 Franc.

Zur Unterstützung der Arbeitslosen wurde nach dem Ausbruch des europäischen Krieges noch ein spezieller Fonds aus freiwilligen Spenden gewerkschaftlicher und Parteidienstler gegründet. Ende Juni 1915 hatte dieser eine Gesamteinnahme von 7293,12 Franc. Die Gewährung von Unterstützungen aus diesem Fonds begann erst im Februar 1915. Bis Ende Juni erhielten davon 239 arbeitslose Mitglieder eine Gesamtunterstützung im Betrage von 1514,60 Franc. Aus demselben Fonds schickten wir den serbischen leidenden Genossen als Zeichen unserer Solidarität einen Unterstützungsbeitrag von 263 Franc.

Die allgemeine Krise übt ihre nachhaltige Wirkung auch auf die Finanzen des Gewerkschaftsbundes aus. Aber trotz der durchbaren Krise steht der Bund finanziell gut. Seine Gemeinkosten für das ganze Jahr 1914 bezifferten sich auf 78 795,54 Franc gegenüber 71 250,28 Franc im Jahre 1912/13, und — jene an Mitgliedsbeiträgen allein betrugen 52 064,44 Franc gegenüber 55 021,55 Franc im Jahre 1912/13, wobei zu bemerken ist, daß wir im zweiten Semester 910 arbeitslose Mitglieder hatten. Im ersten Semester 1915 hatte der Bund eine Gesamteinnahme von 29 038,88 Franc. Die Ausgabe zur Unterstützung von Arbeitslosen erreicht aber in diesem Semester die Höhe von 7496,70 Franc. Von Juli 1914 bis Juli 1915 verausgabte der Gewerkschaftsbund zur Unterstützung von Arbeitslosen einen Gesamtbetrag von 11 341,75 Franc! Der Kassenbestand der Berufsverbände ohne den Arbeitslosenfonds betrug am 30. Juni 39 958,54 Franc. Es zeigt eine Erhöhung von 2377,82 Franc auf. Bei dem Gewerkschaftskomitee besteht seit 1912 ein geheimer Fonds zur Unterstützung von gebrochenen und langverbannten Streiks. Für ihn gingen im Berichtsjahr 862,85 Franc ein.

Im ersten Semester 1914 führten unsre Berufsverbände 38 Streiks, woran 1900 Arbeiter beteiligt waren. 10 endeten mit voller, 12 mit teilweise und 16 ohne Erfolg. Die Ausgabe an Streikunterstützungen belief sich auf 9290,40 Franc.

Als dieser Bericht erstattet wurde, war das Königreich Bulgarien in den Weltkrieg zwar schon eintrücklich, aber noch nicht gewis. Zugewichen ist es zur Laufzeit geworden, und die kaum leidlich angesichteten Gewerkschaften werden aufs neue hinzugewonnen. Wir können nur hoffen und wünschen, daß sie auch diesen Sturm überstehen und am Ende dieses Krieges den Dauerfrieden bekommen, der ihnen den Wiederaufbau der schwer geschädigten Organisationen ermöglicht.

**Unser Verband in der 63. Kriegswoche.**

Für die Woche vom 11. bis 17. Oktober haben 305 Zahlstellen berichtet. Das sind 18 mehr als in der Vorwoche. Über die Zahl und den Abgang der Mitglieder in den berichtenden Zahlstellen gibt folgende Zusammenstellung Aussicht:

	männliche	weibliche	zusammen
Mitglieder am 1. August 1914 . . . .	156 644	23 671	180 315
" 16. Oktober 1915 . . . .	61 498	18 478	82 971
Während am 16. Oktober 1915 weniger . . . .	92 146	5 198	97 344
Daher zum Kriegsdienst einspringen . . . .	74 831	—	74 831
Demnach tatsächlicher Verlust . . . .	17 315	5 198	22 513

Die absoluten Zahlen dieser Zusammenstellungen, die wir von Zeit zu Zeit bringen, sind nicht vergleichbar, weil die Zahl der berichtenden Zahlstellen nicht immer gleich ist und weil es auch nicht immer dieselben Orte sind, die berichten. Auch die Verhältniszahlen sind nicht unbedingt vergleichbar, aber doch bis zu einem gewissen Grade. Nach der obigen Zusammenstellung sind 12,5 vom Hundert aller Mitglieder mehr ausgeschieden als eingetreten. In der 58. Kriegswoche waren es 12,1 und in der 60. — auf deren bedingte Überhäufigkeit allerdings gleich aufmerksam gemacht wurde — nur 11,5. Nach Geschlechtern getrennt ergibt sich im wesentlichen das alte Bild: bei den weiblichen Mitgliedern ist der Verlust doppelt so hoch wie bei den männlichen. Der Verlust beträgt nämlich fast genau 11 vom Hundert bei den männlichen und 22 vom Hundert bei den weiblichen Mitgliedern.

„Wobei zu bemerken ist, daß die Berufsverbände sich unter den ungewöhnlichen Verhältnissen genötigt fühlen, ihre statutarische Arbeitslosenunterstützung um 30 bis 50 Prozent herabzusetzen.“

Arbeitslos waren in den berichtenden Zahlstellen 171 männliche und 456 weibliche, zusammen 627 Mitglieder (nicht zu verwechseln mit den in der untenstehenden Tabelle für den ganzen Verband errechneten Zahl). Vom Hundert sind das 0,7 vol. in der Vorwoche. Erwerbsunfähige waren 903 männliche und 275 weibliche, zusammen 1178 Mitglieder. Das sind 1,4 vom Hundert bei den männlichen und 1,6 bei den weiblichen Mitgliedern. Der Erkrankungsstand zeigt also nur wenig Abweichungen. Am Krankenunterstützung wurden in den berichtenden Zahlstellen 7737 Mt. in der Berichtswoche ausgezahlt.

In der folgenden Tabelle sind nicht die Ergebnisse der Erhebung aus den berichtenden Zahlstellen, sondern diejenigen, die wir voraussichtlich erhalten würden, wenn alle Zahlstellen im Bericht erstattet hätten, zusammengefaßt. Es sind also nicht ermittelte, sondern errechnete Ergebnisse, die jedoch der Wirklichkeit ziemlich genau entsprechen dürften, weil der Bruchteil der Mitglieder, für die Berichte nicht eingesandt werden, sehr viel kleiner ist als der, für den berichtet wird.

Berichtstag	Arbeitslos		Zum Kriegsdienst eingezogen
	insgesamt	von je 100 Mitgliedern	
8. August	17 663	8,5	34 388
5. September	23 788	11,5	44 429
3. Oktober	17 329	8,3	48 875
7. November	9 233	6,3	51 561
4. Dezember	6 966	5,0	54 428
2. Januar	6 580	4,8	57 170
6. Februar	5 340	4,1	60 089
3. März	3 450	2,7	65 045
1. April	2 310	2,0	68 453
5. Juni	990	0,9	75 692
3. Juli	919	0,9	78 584
7. August	802	0,8	81 257
4. September	828	0,8	83 412
2. Oktober	692	0,7	85 878
9.	734	0,7	86 117
16.	721	0,7	86 166

## Berichte aus den Zahlstellen.

Der nach Herrnstandpunkt, den die Direktion hier vertritt, wie er ja überhaupt in der Mitteldeutschen üblich ist, sieht wahrlich nicht nach Frieden aus. Man ging sogar so weit, den Arbeitern zu verbieten, in Versammlungen zu gehen, die sich mit der Interessenvertretung der Arbeiter beschäftigten. Die Sprecher in solchen Versammlungen wurden aus dem Betriebe gestellt, mit Aussezen und andern Schikanen bestraft. Viele ältere gute Arbeiter haben seit dem Regime Haberland-Schwoß den Betrieb verlassen und ihre Arbeitskraft und Erfahrungen Konkurrenzbetrieben zur Verfügung gestellt. Hoffentlich verchrist der Ausschäfer nunmehr den Arbeitern zu der wohlverdienten Leistungszulage.

**Auß a. M.** Am Sonntag, dem 17. Oktober, fand für die gesamte Bezirkstelle eine Bezirkskonferenz statt. Einzelheiten halten wir die Bezirksleitung, Hilfsleiter, Mitglieder der Mahnkommission und die Obmänner der einzelnen Betriebe. Der Besuch war gut. Auf der Tagesordnung stand: 1. Die Lage der Kölner Fabrikarbeiter während des Krieges und unsere Aufgaben in der Kriegszeit. 2. Die Unterstützung der Kriegsfamilien. 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkt referierte Kollege Herwig. Nebener stellte die wirtschaftliche Lage bei Ausbruch des Krieges, die für die Fabrikarbeiter eine erhebliche Arbeitslosigkeit und Heraufschub der Löhne brachte. Erstensherweise war die Arbeitslosigkeit nur von kurzer Dauer. Kurzzeit zeigte die Betriebe mit reichlichen Anträgen, verschoben. Eine Misnahme bilden die Gummi-, Blei- und Margarinefabriken, die durch den Mangel an Aufträgen wie an Rohstoffen erhebliche Betriebsbeschränkungen vornehmen mussten. In der Margarineindustrie ist eine vollständige Stockung eingetreten, da Getreide nicht mehr zu haben sind. Eine Firma hat den Betrieb geschlossen, die beiden andern Fabriken arbeiten mit nur wenigen Leuten.

Durch die Wirkungen des Krieges hat sich die wirtschaftliche Lage der Mitglieder sehr verschärft. Die Verlängerung aller Betriebsarbeitszeit hat die Lebenshaltung herabgedrückt. Wohl ist es dem Verbände gelungen, in einer Reihe von Betrieben Lohnsteigerungen durchzusetzen, aber damit ist ein willkürlicher Ausgleich nicht geschaffen worden. Die notwendigen Ausgaben einer vierköpfigen Familie betragen im Januar des Vorjahrs 25,57 M., dagegen im Januar dieses Jahres 29,65 M. Im Juli des Vorjahrs umfasste 25,12 M., im Juli dieses Jahres dagegen 38,16 M. pro Woche aufgewendet werden. Nach einer Erhebung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Mitglieder betrug die durchschnittliche Lohnsteigerung in der Kriegszeit nur 4,75 M. pro Woche. Daraus ergibt sich, daß die Lage unserer Mitglieder immer bedenklicher wird. Erspartnisse für den Unterbedarf zur Beschaffung von Kartoffeln und Kohlen konnten nicht gemacht werden, so daß, wenn von der Stadtverwaltung und dem Reich nicht bald eingegriffen wird, die Ernährung direkt in Frage gestellt ist. Es steht uns heute kein anderes Ausweg übrig, als der Krieg, durch höhere Löhne einen Ausgleich zu schaffen. Nach den Erfahrungen, die wir bis jetzt gemacht haben, ist dies nur bei guter Organisation möglich. Die Unternehmer glauben, bei 5 M. Tageszulage schon alles getan zu haben, was den Arbeitern über die Ernährung hinweggeht. Vielleicht haben wir in den Sprengstofffabriken noch mit Lohnabzügen zu rechnen. Bei nochmaligen Eingaben an die Unternehmer können wir uns auf große Schwierigkeiten gefaßt machen. Nach einem Rundschreiben des hiesigen Gouvernements, das den Geschäftshäusern zugegangen ist, der Gouvernement beruht, wo schlechte Lohn- und Arbeitsbedingungen bestehen oder wo es zu keiner Einigung kommt, vermittelnd einzutreten. Die bis jetzt gemachten Erfahrungen haben uns bestreitigt.

Die größte Auflaufschaft haben wir jetzt dem Ausbau unserer Organisation zuwidern. Wo wir auch hinkommen in diesen ersten Tagen, überall äußert sich die überlegene Bedeutung einer straffen Organisation. Siegen kann nur der, der am besten zu organisieren versteht. Die Wahrheit dieser Worte hat uns der Krieg mit aller Deutlichkeit gezeigt. Das muß heute jeder einsehen. Vom Minister bis zum Arbeiter tritt sich die Errichtung durch, daß Fortschritte nur erzielt werden können durch die lebenspendende Organisation. Organisation der wirtschaftlichen Kräfte ist die Voraussetzung für die Kampffähigkeit des Volkes. Die jugendlichen und älteren Arbeiter müssen jetzt der Organisation zugeführt werden. Eine Abrechnungsumfrage in den Reihen unserer Mitglieder hat überraschende Ergebnisse gezeigt. Die Haushaltung muß Sonntags in allen Bezirken bearbeitet werden. Die Mitarbeiter vieler Hände mögen großes, die fröhliche Arbeit werden wie errufen. Die Alten, die durch weitere Einschränkungen empfiehlt, müssen durch Neuauflnahmen ausgegliedert werden. In den Kreisen der Unternehmer ist man eifrig bemüht, zu rüsten, um nach dem Kriege kampftüchtig zu sein. Die Früchte, die es für uns zu bringen gilt, sind während des Krieges reicher geworden, aber niemand als wir selbst wird sie für uns pflücken. Daher ist die Errichtung unserer Organisation notwendig, um allen drohenden Gefahren begegnen zu können. Der Kaufmänner wird verständen, und es werden wieder endre Kapitalprobleme auftauchen, die uns vor die Frage stellen: Wie kann mir helfen? Rüsten und vorbereiten wir die Zeit richtig, schaffen wir uns während die Fortentwicklung zur zufriedigen Folge. Ich danke jedem, der mich gehört.

Endlich sind unsere Aufgaben aber noch nicht erschöpft. Auch den Kriegsgegner zu müssen wir Hilfe bringen. Da vom Reich und den Gemeinden gesetzte Unterstützungen reichen bei weitem nicht aus. Zu viele und zu lange Beziehungen an Auswirkungen der Gewerkschaften und der Parteipräsidien die Sache schädigt werden. In den länderlichen Kreisen müßten darüber hinaus, daß es ihre Pflicht ist, Schätzungen einzuladen, um die Unterbedarf an Kartoffeln und Kohlen durch die Kriegsverluste von den Gemeinden bekräftigt werden. Da Köln hat die Stadtverwaltung es übernommen, zu einem frühen Tage den entsprechenden Kartoffeln zu bedienen.

Auch der Beschaffung von Gefangenem und Material aus den eingesetzten Gebieten Galizien ist die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Da die polnischen Arbeiter meist in der russischen Nachbararbeit und zu Lohn weniger erhalten als die deutschen Arbeit, in den Neuauflnahmen darauf zu achten, daß die Arbeiter nicht herausgezogen werden. Die Anzahl der Gewerkschaften und Parteipräsidien zu vergrößern, die Mitarbeit aller Funktionen ist daher die oberste Gewähr, daß wir diese Pflichten zum Besten unserer Mitglieder erfüllen werden.

Zu der Organisation fand allgemein zum Ausdruck, daß die gewählten Kommandatoren zu wenig waren, daher soll die Verbandsleitung nachdrücklich die Konsolidierung der aus dem 1. November bestehenden Kommandatorenstellen fordern. Auch über die Unterbedarf an Material und Ausrüstung der Kriegszeit soll ausführlich die Gewerkschaftsleitung aufklären. Eine endre Regelung muss getroffen werden, da jetzt es nur ein Teil der Konsolidierung der Verbandsleitung zur Unterstützung einer neuen Konsolidierung vorgesehen wurde, an die Kommandatoren unserer Zollstädte Einspruch und Erhöhung der Kriegsbeschaffung und Verbesserung des Unterbedarfs und Kosten für die Kriegszeit eingebracht werden.

Unter Punkt 3. wurde das Requiert der letzten Verbandsleitung bekanntgegeben. Der Konsolidierung ist bei der Mitgliedszählung beizuhelfen. Konsolidierungen müssen unter allen Umständen vermieden werden. Mit 12 Märkten vor Konsolidierung jeder Konsolidierung müssen. Die Konsolidierung darf die Konsolidierung nicht förmlich, nur die Konsolidierung darf nicht förmlich vorgenommen werden. Das ist nach 1913 M. als Konsolidierung vorgenommen, nachdem zwei weitere Konsolidierungen vorliegen. Konsolidierung ist bei der Konsolidierung vorgenommen, wurde die Konsolidierung am 6. Oct. geöffnet. — Herwig.

## Rundschau.

**Der Niederdeutsche Widerstand gegen Krieg.**  
Der Niederdeutsche Widerstand ist eine Abteilung des Sozialdemokratischen Reichsbundes für die Soziale Widerstandsbewegung, der Sitz des Abwehrbundes ist das der Sozialdemokratischen Partei zu Berlin. Seinen Sitz hat der Abwehrbund I. der gegen Kriegserklärungen verhindert dieses Landes ist, bestrebt haben, die einer Zeitung für die Erziehung der Bevölkerung zu verhinderen, dass die Erziehung der Bevölkerung gegen den Krieg ist.

Mehrheit der Bevölkerungsschlacht, zu der auch er (Region) gehört, nicht nur ungerichtet durchgehen lassen, sondern selbst getötet habe. Der angehende bewiderte Genossen habe sich innerhalb eines Jahreszehns vom Nationalsozialismus zum Sozialdemokraten, zum Antisozialisten, zum Nationalen und dann wieder zum Sozialdemokraten entwickelt. Als man diesem in handlungsfähigen Genossen den Posten eines Parteisekretärs anvertraut habe, sei ihm die Fälle übergekommen und er habe sich für diesen zweitgenannten fasten Wort ausgesprochen; jedoch nicht das Wort, das ihm jetzt in den Mund gelegt werde.

Sowohl der Sachverhalt nach der Darstellung des Genossen legen an der zu beweisen gewünscht ist, wie es vorliegt. Eine Ladung vor ein Schiedsgericht hat Legen aus formalen Gründen — die Bildung bzw. Befreiungserklärung des Schiedsgerichts widerspricht dem Parteistatut abgelehnt. Der Antrag geht nun an den Bezirksvorstand zur weiteren Erledigung. Dass er zu einem iusnaturali Ausschuss des Genossen Legen führen könnte, ist natürlich ganz ausgeschlossen. Selbst wenn er das ihm in den Mund gelegte Wort und noch einige andre gegen O. gefragt haben sollte, wird das noch nicht zum Auschluss führen können. Der Antrag ist auch wohl mehr als Demonstration gebraucht. Gerade soviel aber ist es bemerkenswert. Er zeigt, daß die Ausstrahlung von Meinungsverschiedenheiten innerhalb der sozialdemokratischen Partei nach gerade Formen annehmen, für die man nicht einmal mehr Gedanken sondern und noch viel weniger erste und teilnehmende Gesichter aufbringen kann. Wenn man einen Parteigenossen, der ein Menschentalter für die Arbeitseinsatzbewegung gewählt hat, den die Partei mit dem höchsten Ehrenamt, das sie zu vergeben hat, betracht, den die Gewerkschaften an die Spitze ihrer Zentrale gewählt haben — wenn man einen solchen Genossen mit einem Abschlußantrag bedroht, weil er in der Erregung darüber, daß ein ehemaliger Konsolidierungswahlkreis auf einer seiner Meinung nach sehr ungeeigneten Menschen ein wichtiges Parteiamt übertrug, einige unabgewogene Worte fallen läßt, so ist das einfach lächerlich. Der Vorhang wird nicht entschuldender dadurch, daß der Niederdeutsche Konsolidierung über die gegenwärtige politische Lage sowie über die für die Partei sich daraus ergrendenden Aufgaben und Möglichkeiten anders urteilt wie Genossen Legen und deshalb mit seinem Abschlußantrag nicht nur die einmalige rednerische Entgleisung, sondern die dauernde politische Tätigkeit des Angeklagten treffen will. Eine solche Art, Meinungsverschiedenheiten auszutragen, misst die entschiedene Ablehnung bei allen um die Einheit und Einigkeit der Partei befürwortenden Mitgliedern auslösen, ganz gleich, wie sie sachlich zu den strittigen Fragen stehen. Die Partei ist zurzeit wirklich nicht in einer Lage, in der je solche Eisenbahnkuren ohne Schaden einzutragen sind.

## Polizei und Gerichte.

### Unjustliche Ausbeutung der Heimarbeiterinnen.

Vor dem Berliner Gewerbegericht wurde fürstlich eine Klage entstehen, die interessante Auskünfte gibt über die Gewinne und die Ausbeutungsschwerpunkte mancher Kriegsunternehmen. Viele Mütterinnen hatten für eine Konjunktionsperiode Drillingssachen angefertigt und bezahlt drei bis fünfzig für eine S. die erzielten. Später erhielten beide, daß dem Zwischenunternehmen vom Kriegsbedeckungsamt für jede Sack 1,75 M. als Ausbeutungskosten vorgeschrieben war. Sie forderten nunmehr die Differenz nach. Das Gewerbegericht stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß das Kriegsbedeckungsamt eine Behörde ist und daher seinen Dienstleistern nicht Arbeitsbedingungen vorschreiben kann, die die dauernde politische Tätigkeit des Angeklagten treffen will. Eine solche Art, Meinungsverschiedenheiten auszutragen, misst die entschiedene Ablehnung bei allen um die Einheit und Einigkeit der Partei befürwortenden Mitgliedern auslösen, ganz gleich, wie sie sachlich zu den strittigen Fragen stehen. Die Partei ist zurzeit wirklich nicht in einer Lage, in der je solche Eisenbahnkuren ohne Schaden einzutragen sind.

Bereits am 25. Februar 1915 wurde die Klage eingezogen. Karl Konrad, Grabenstraße 35. Mainz, J. Felch, Lohstraße 29. Stendal, Hammerschmid eingezogen. W. Wied, Többeliner Straße 66. Düsseldorf, Schwidder eingezogen. Gustav Blauda, Kasernenstraße 41.

Die Klägerinnen erhoben aber ferner den Einwand, daß der mit ihnen abgeschlossene Arbeitsvertrag gegen die guten Sitten verstößt und daher nichtig sei. Der vom Kriegsbedeckungsamt vorgegebene Lohn für die Herstellung folgender Drillingssachen betrage 1,17 M. für das Stück; sie hätten nur 30 Pf. bekommen, so daß sich schon aus dieser Differenz die Unbilligkeit des Arbeitsvertrags erzebe. Der Vertreter der Firma erwiderte, daß der gezahlte Lohn durchaus angemessen sei. Eine angesehene Mutterin könne, ohne sich besonders anzustrengen, 10 bis 15 solcher Drillingssachen an einem Tage anfertigen, so daß sie höchstens auf 14 bis 16 M. komme, eine Bezahlung, die für eine angesehene Heimarbeiterin durchaus genügt. Nach eingehender Beratung verurteilte das Gewerbegericht die beklagte Firma zur Zahlung eines Lohnes von 60 Pf. für jede Sack mit der Beständigung, daß der Unternehmer die Unterschreitung oder die Nottage der Käferinnen angesichts dessen, wenn anders wäre der außergewöhnlich niedrige Lohn noch nicht erstaunlich. Der Vertrag verstößt gegen die guten Sitten.

Wichtigster als der Ausgang dieser Klage ist die Feststellung, daß Unternehmer-Arbeiterinnen in dem vierter Teil des vorliegenden Kriegsbedeckungsamtes obwohl sie noch als angemessen bezeichneten. Wie unangemessen muss da die Gewinn joller Firmen sein, die nicht nur den ihnen zugestillten, gewiß nicht geringen Profit erzielen, sondern auch noch drei Viertel des Arbeitslohnnes einsäcken wollen!

## Einengangene Schriften.

In der Serie "Die Kämpfe des Weltkrieges", Verlag Buchhandlung Verlags, Berlin SW 68, ist jedoch das fünfte Heft erschienen. Es bedeutet: "England". Preis 70 Pf. Vereinsausgabe 30 Pf. Von der gleichen Serie sind weiter erschienen: "Das Kaiserreich", "Die Türkei und Ägypten", "Ostreich-Ungarn", "Serbien und die Serben". Preise wie oben.

Neben den Inhalt der Broschüren sagt der Herausgeber, daß durch

die elementaren Kenntnisse von den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnissen der am Weltkrieg beteiligten Länder vermittelnd werden sollen, um dadurch die kriegerischen Ereignisse bearbeiten und verstehen zu können.

Den Dokumenten zum Beitrag, Herausgegeben von G. Bernstein, Verlag Buchdruckerei Sonder, Berlin SW 68. Seiten 52 bis 102. "Das Kaiserreich", 1. Teil und Teil II. "Das Kaiserreich", 2. Teil erstanden. Preis 15 Pf. Die Heft enthalten die Urkunden, welche die Kaiserliche Regierung über die den Kriegsausbruch verhängten diplomatischen Verhandlungen mit den beteiligten Mächten veröffentlicht hat. Zur Beurteilung der Kriegsereignen ist die Kenntnis dieser Urkunden erforderlich.

## Verbandsnachrichten.

### Stonholz. — Graue Karten.

Für den Monat Oktober sind die grauen Karten bis zum 1. November einzuhören. Dieser Termin muss eingehalten werden, weil das auf Grund der Karten festgestellte Gesamtresultat für das Reich zum 9. des betreffenden Monats bereits an das Statistische Amt abgegeben wird.

Als Stichtag zur Feststellung der Arbeitslosen am Dreie und auf der Reise gilt der 30. Oktober.

Bei Angabe der Mitgliedszahl dürfen nur die wirklich vorhandenen Mitglieder gezählt werden, also nicht auch die zum Heer eingezogenen, die als abgemeldet gelten.

**Am 19. Oktober angingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein:**

Kosten 2162,92. Köln a. M. 160,72. Bonn 56,62. Stadtoldendorf 35,22. Schleswig 55,08. Münster 27,20. Bremen 11,08. Steinberg i. Br. 54. Rastatt 275,46. Remscheid i. S. 131,40. Karlsruhe 129,21. Ladenburg 101,05. Lörrach 26,68. Herzfelde i. d. R. 80,85. Gräfelfing 50, —. Schweinfurt 50,50. Bad Neuenahr 33,31. Niedersachsen i. d. R. 17,47. W. Gladbach 16,40. Trier 16,33. Rems 9,22. Esslingen 5,27. Tübingen 20, —. Kaiserslautern 356,18. Karlsruhe 267,99. Wertheim 263,75. Gelsenkirchen 125, —. Salzwedel 111,68. Brüg 121,57. Zeis 100, —. Bamberg 53,26. Zerf i. S. 58,65. Hagen 54,81. Remscheid 33,47. Siegen 37,52. Ulm a. d. R. 22,79. Grimma 21,05. Brüg 16,80. Süßen 12,59. Steinen 14,77. Remscheid 8,45. Tübingen 6,20. Karlsruhe 261,05. Zerf i. S. 141,97. Wertheim 5,22. Herzfelde 22,20. Trier 29,50. Brüg 28,40. Gerau 18,33. Remscheid 5,80.

Hannover 3886,68. Rollbus 444,28. Zuff 400, —. Wiedersleben 815,78. Singen a. S. 204,56. Obersleben 149,17. Baut i. S. 42,14. Saarbrücken 30,44. Braunschweig 17,89. Einbeck 15,54. Gelsenkirchen 18,65. Saargemünd 9,25. Stendal 186,92. Frankfurt a. d. O. 100, —. Bremen 177,44. Höxter 41, —. Weidenburg i. d. R. 35,62. Oldisleben 20,46. Neunkirch a. d. Orla 14,94. Bochum 10,62. Goslar 6,48. Breitenberg i. S. 6, —.

**Die Versicherungsbeiträge gingen ein:**

Augsburg 19,60. Eisenach 4,00. Oldenburg i. d. R. 1, —. Braunschweig 180,45. Wunsiedel 14,05. Dresden 18,20. Billerbeck 21,05. Kempen 2,85.

**Schluß: Montag, den 25. Oktober, mittags 12 Uhr.**

**Verfügung.** Zu Nr. 43 muß es heißen: Düsseldorf 54,48, nicht Erfurt.

**Die Abrechnung für das 3. Quartal 1915 haben ein-**

**gesondert:**  
Oldenburg, Freiburg i. Br., Hagen, Neukirchen, Detmold, Karlsruhe, Wangen, Ulm, Wongrowitz, Sichtboldendorf, Bösen, Marzellen, Herzfelde, Gransee, Bries, Beldens, Obernsberg, Ladenburg, Goppeln, Burg auf F., Genthin, Schwarza, Lübeck, Mönchen-Gladbach, Wallmünz, Ebstorf, Melchingen, Marienstein, Witzen, Holzhausen, Alsfeldenburg, Schwabach, Triebes, Bamberg, Neudamm, Neustadt i. Holz, Leer i. N., Marne, Salzwedel, Worms b. R., Gundelfingen a. T., Dorch i. W., Boizenburg, Böhme, Osterode, Annweiler (Pfalz), Neuhofen, Saargemünd, Saarbrücken, Speyer, Biebrich, Neustadt a. Hardt, Neuwied, Obersleben, Neustadt a. Rur, Bönen, Borey a. d. E., Obersleben, Schwan, Hannover, Oldisleben, Gersfeldberg, Gersfeldberg i. S., Neustadt a. d. Orla, Bochum, Hilbersheim, Straßburg i. Els., Stendal, Kronach, Geithain, Eilen.

## Einengangene Zahlstelle.

Bischberg (an Schwanfurt angegeschlossen).

## Verlorene und für ungültig erklärtete Mitgliedsbücher und -Karten.

Vor- Nr.	Name des Mitgliedes	Geburts- datum	Eintritts- datum	Eingetreten in
449 392	Ludwig Ewers	16. 4. 1886	15. 9. 1910	Gesellschaft
596 606	Paul Hirsch	29. 4. 1898	23. 9. 1913	Mannheim a. d. E.
380 029	Heinrich Heuer	9. 3. 1890		